

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

14 (14.4.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 14

Mannheim, 14. April 1948

Preis 15 Pfg.



NUR GEMEINSAM AUS DER NOT!

Vorwärts, Vorwärts! Es wird gehn,
Wenn wir nur zusammenstehn!

Die Spaltung kommt vom Westen

Für und wider das amerikanische Fünf-Punkte-Programm für eine westdeutsche Separatregierung
Angriff auf die nationale Einheit und Unabhängigkeit

Die Politik des „Vogel friß oder stirb!“ oder — in diplomatischer Sprache ausgedrückt — des „fait accompli“, der vollzogenen Tatsachen, weist immer eine frühe Phase auf, die gekennzeichnet ist durch die äußerste Unklarheit darüber, wie nun die einzelnen Mitspieler eigentlich denken und was sie beabsichtigen. Doch bei so von langer Hand vorbereiteten Planungen wie die Spaltung Deutschlands und die Schaffung einer westdeutschen Separatregierung gelingt es den Agierenden kaum, die Fäden zu verwirren.

Pläne und Programme

Welch merkwürdige Umwege müssen dabei doch gegangen werden. So muß ein Reuter-Korrespondent aus London über ein Fünf-Punkte-Programm zur Errichtung einer westdeutschen Regierung innerhalb eines Jahres berichten, welches die USA-Regierung vorgeschlagen hat. Folgende fünf Stufen sind danach vorgesehen:

1. Bildung einer die gegenwärtige anglo-amerikanische Bizeone und die französische Zone umfassenden provisorischen Regierung.
2. Territoriale Neuorganisation der Länder (Provinzialregierungen), deren gegenwärtige Grenzen durch die zonale Aufteilung Deutschlands bestimmt sind.
3. Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung.
4. Entwurf einer Verfassung durch diese Versammlung.
5. Formelle Einrichtung einer neuen westdeutschen Regierung.

Bis zum 1. Juni 1949 soll eine westdeutsche Regierung gebildet werden. So sieht ein amerikanischer Plan vor, mit dem sich laut einer UP-Meldung die Westmächte abgebenlich befassen. Der amerikanische Plan, der in Berlin zwischen Vertretern der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs besprochen worden sein soll, will die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung für Westdeutschland.

Einwendungen, Dementis und bedeutsames Schweigen

Präsident Truman hat auf einer Pressekonferenz eine Stellungnahme über das Vorhandensein eines solchen Planes abgelehnt. Laut DENA dementierte ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums sogar kategorisch, daß die USA den bewußten Fünf-Punkte-Vorschlag zur Organisation einer westdeutschen Regierung überhaupt eingebracht hätten. Das britische Außenministerium bezeichnete die Nachrichten über den amerikanischen Plan zur Schaffung eines westdeutschen Staates als absoluten Unsinn. Und das französische Außenministerium schließlich erklärte, offiziell keinerlei Kenntnis zu haben. Dennoch haben die Franzosen starke Befürchtungen. Nach DENA-REUTER wird sich der französische Vertreter der Schaffung einer westdeutschen Regierung widersetzen, weil Frankreich eine zu starke Zentralisierung befürchtet und nur für eine föderative Regierung auf der Basis stark in sich gefestigter einzelner Länder zu haben ist; eine Konzeption, welche die westdeutschen Föderalisten auf der Regensburger Geheimkonferenz eifrig aufgriffen und durch den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard vor einigen Tagen als Forderung auf Errichtung eines „westdeutschen Bundesstaates“ aufstellten, in dem die Einzelstaaten, also etwa Bayern oder der „starke südwestdeutsche Staat“ Großwürttemberg-Baden das Primat genießen sollen.

Besonders interessant ist, wenn das Nachrichtenbüro richtig informiert ist, die französische Ansicht, wonach eine in Frankfurt errichtete Regierung

die Deutschen niemals vom Mittelpunkt des Interesses, das in Berlin sei, ablenken könne. Jede in Berlin gebildete Regierung — und der französische Vertreter will die Angloamerikaner angeblich dringend warnen vor einer russischen Falle — wird den größeren Zuspruch finden. Das Sprichwort hat recht: Ein blindes Huhn findet doch manchmal ein Korn.

Also doch!

Indessen: Plan oder nicht Plan, 5 Punkte oder 10 Punkte, Behauptungen oder Dementis, die Absicht zur Bildung einer westdeutschen Regierung, zur Spaltung Deutschlands, um die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu verhindern, besteht zweifelsohne. Sowohl General Clay als auch General Robertson haben es dieser Tage kundgetan. General Clay erklärte anlässlich des Tages der US-Armee über den Rundfunk, daß nunmehr eine baldige politische Vereinigung der deutschen Bevölkerung in den Westzonen notwendig sei. Der britische Oberkommandierende, General Robertson, sagte in einer Rede vor dem Plenum des Landtags Nordrhein-Westfalen, es sei dringend notwendig, eine Regierung in den Westzonen zu errichten, die einer Westunion angegliedert werden soll.

Man hat verstanden

Die Äußerungen General Robertsons und anderer sind durchaus eindeutig verstanden worden. Verstanden worden ist auch von den hellhörigen und dienstbeflissenen reaktionären Stiefelputzern der Wallstreet das nekische Spiel mit Versuchsballons, Dementis, bedeutsamem Schweigen und

Volksbegehren für die Einheit Deutschlands

Volkskongressbewegung breitet sich aus - Grundlage: Weimarer Verfassung

Deutscher Volksrat tagt

(EB) Das Präsidium des Deutschen Volksrates befaßte sich in seiner Sitzung vom Dienstag, den 6. April, mit den organisatorischen Vorbereitungen des Volksbegehrens für die Einheit Deutschlands in der Zeit vom 23. Mai bis 6. Juni 1948. Das Volksbegehren soll getragen werden von überparteilichen Landes-, Kreis- und Ortsausschüssen. Die Arbeit der einzelnen Ausschüsse des Deutschen Volksrates wurde mit der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse eingeleitet.

Volksbegehren in der britischen Zone

(EB) Der ständige Ausschuss der Volkskongressbewegung des Landes Niedersachsen behandelte auf seiner Tagung in Hannover die Vorbereitung und Durchführung des vom Deutschen Volkskongress beschlossenen Volksbegehrens für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands. Ein Gesetzesentwurf zur Durchführung des Volksbegehrens für einen Volksentscheid, der vom ständigen Ausschuss ausgearbeitet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Gesetzesentwurf zum Volksbegehren

Zur Herbeiführung eines Volksentscheids für eine einheitliche deutsche demokratische Republik mit den Rechten der Länder nach den Grundsätzen der Weimarer Verfassung gemäß Art. 73 Abs. 3 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 und § 1 Ziff. 3 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 begehren die unterzeichneten wahlberechtigten Personen die Vorlegung nachstehenden Gesetzesentwurfes, der einem Volksentscheid zu unterbreiten ist:

Artikel 1

Das Deutsche Reich ist eine einheitliche demokratische Republik, gegliedert in Länder.

gelegentlichem Säbelrasseln. So schreibt das der CDU nahestehende „Flensburger Tageblatt“ unter dem 13. März 1948 folgendes:

„Die Forderung nach einem westdeutschen Staat kann und darf nicht von den Westmächten ausgehen; denn ein Westdeutschland auf Grund einer alliierten Proklamation würde doch wohl der KPD wirkungsvolles Propagandamaterial liefern — diesen westdeutschen Staat müssen wir Deutschen uns selber bauen.“

Und schließlich am 9. April dasselbe Blatt: „Machen wir uns doch nichts vor: es ging in dieser Rede Robertsons darum, eine deutsche Initiative zur Bildung eines westdeutschen Staates anzuregen.“

Das deutsche Volk wird antworten

Mögen auch die lizenzierten und chemisch reinen Gesinnungslumpen jeder Couleur noch so liebedienerisch bemüht sein, der „Stimme ihres Herrn“ — his masters voice — Folge zu leisten, so zeigt doch das deutsche Volk, daß es in seiner überwältigenden Mehrheit nicht gewillt ist, der Diener fremder Herren zu sein, sondern in friedlicher Arbeit ein unabhängiges, nationales Leben aufbauen will. Die Volksbewegung für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden und die vom Deutschen Volksrat vorgeschlagene Volksabstimmung für die Schaffung eines geeinten Deutschland sind die Antwort aller anständigen Menschen, welche, wie Clara Viebig erklärte, hinter dem Deutschen Volkskongress stehen, die Antwort Deutschlands auf kalorienverheißende Sirenen- und auf das Drohen der „eisernen Ferse“.

—kw—

Artikel 2

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, wird durch das Volk ausgeübt und hat dem Wohle des Volkes zu dienen.

Artikel 3

Es gibt nur eine Staatsangehörigkeit innerhalb der deutschen Republik. Die Staatsangehörigen der deutschen Republik haben innerhalb des Landes die gleichen Rechte und Pflichten.

Artikel 4

Die Rechte der Länder werden nach der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (Weimarer Verfassung) geregelt.

Artikel 5

Die Hauptstadt Deutschlands ist Berlin.

Auch Württemberg-Baden bereitet Volksbegehren vor

(EB) Württemberg-badische Delegierte zum 2. Deutschen Volkskongress, von denen einige an der Teilnahme verhindert waren, weil die US-Besatzungsbehörden die Ausstellung von Passierscheinen verweigert hatte, trafen sich in Stuttgart. Die Volkskongress-Teilnehmer informierten die zurückgehaltenen Delegierten über die Beschlüsse des Volkskongresses und berieten dann gemeinsam mit ihnen über die Maßnahmen, durch die die Beschlüsse des Volkskongresses auch zum Gemeingut aller fortschrittlichen Deutschen in Württemberg-Baden gemacht werden sollen.

Wer steht hinter dem Volkskongress?

(EB) Um die hässlichen Auslassungen in der Berliner Ausgabe der amerikanischen lizenzierten „Neuen Zeitung“ und die Verdächtigungen in den verschiedenen anderen Organen als das festzunageln, was sie sind, hat der Berliner ständige Ausschuss für

Am 1. Mai 1948

werden die Werktätigen in ganz Deutschland machtvoll unter den folgenden Losungen aufmarschieren:

1. Mai — Kampftag der Werktätigen gegen Kriegshetze für Frieden und Völkerverständigung.

Für Deutschlands Einheit, Freiheit, Frieden.

1. Mai — Kampftag für ein einheitliches, demokratisches Deutschland, gegen den Monopolkapitalismus.

Das Volk muß selbst über die Einheit Deutschlands entscheiden.

Es lebe der Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden.

Alle zeichnen sich ein für das Volksbegehren für die Einheit Deutschlands!

Wir fordern die baldige Einberufung eines gesamtdeutschen Gewerkschaftskongresses!

Für die Bildung eines Zentralrates der deutschen Gewerkschaften!

Es lebe der Anschluß der deutschen Gewerkschaften an den Weltgewerkschaftsbund!

Gegen die Spalter der Gewerkschaften. Kämpft für die Gewerkschaftseinheit!

Für die entschädigungslose Enteignung der Kriegsverbrecher, Monopolkapitalisten und Junker in ganz Deutschland!

Bodenreform in ganz Deutschland verbessert die Ernährung!

Marshallplan schafft Millionen Erwerbslose in Deutschland!

Deutsche Qualitätsware gegen Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Ausland!

Volkskontrolle gegen Bürokratie und Saboteure!

Volkskontrolle gegen Schieber und Schwarzhändler!

Volkskontrolle gegen Preiswucher!

Demokratisierung der Wirtschaft durch das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und der Betriebsräte!

Wir brauchen keine Unternehmerverbände!

Gegen die Verschleppung der deutschen Jugend in die Fremdenlegionen!

Gegen die Militarisation der deutschen Jugend in Arbeitsdienstlagern!

Die Jugend kämpft für die Einheit Deutschlands!

Für die Einheit der deutschen Jugend!

Für die Freundschaft mit der Jugend der ganzen Welt!

Für das Wahlrecht der Jugend vom 18. Lebensjahr an!

Deutschlands Einheit und gerechten Frieden, laut Rundfunkmeldungen, die Presse zu einer Aussprache bei der bekannten deutschen Schriftstellerin, Frau Clara Viebig, eingeladen. In einer schriftlichen Erklärung, welche Frau Viebig verlas, heißt es: „In den letzten Tagen sind in verschiedenen Zeitungen Artikel mit den Überschriften: „Arme Clara Viebig“ — „Sie wußte von nichts“ — und andere mehr, erschienen. Ueber mich und angebliche Zustände in meinem Hause wurde berichtet. Der Inhalt dieser Berichte hat mich angeekelt, weil alle Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen.“ Nachdem sich Frau Viebig verabschiedet hatte, erklärte ihr Geschäftsführer: Frau Viebig ist nicht parteigebunden, sie tritt lediglich dafür ein, daß Deutschland wieder eine einheitliche Nation wird.

Auf die Frage eines Pressevertreters: „Sind Sie sich auch klar darüber, was dahinter steckt?“ (hinter dem Volkskongress), antwortete Frau Viebig treffend: „Alle anständigen Menschen!“

Zum Ableben von Dr. Wilhelm Külz

(PD) Mit dem Tode von Dr. Wilhelm Külz hat das demokratische Deutschland einen schweren Verlust erlitten. Er spielte als Mitbegründer und 1. Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei eine hervorragende Rolle beim Neuaufbau eines demokratischen Deutschland. Besondere Verdienste erwarb sich W. Külz durch sein mutiges Eintreten für die Einheit Deutschlands. Er spielte daher eine hervorragende Rolle in der Bewegung des Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden. Die Hoffnung, daß er im Deutschen Volksrat an der Schaffung einer Verfassung für ein demokratisches Gesamtdeutschland mitwirken würde, ist durch seinen plötzlichen Tod leider vernichtet worden. Das ganze demokratische Deutschland wird dem Kämpfer Wilhelm Külz ein ehrendes Andenken bewahren.

Wahrheitsliebe

BBC-Betriebsrat und Stadtrat Wagner schreibt im „Volkswillen“ vom 10. 4. 48, Seite 3, einen Artikel, worin er seine betriebliche Hetze gegen den Einheitswillen des deutschen Volkes und gegen die Befreiung des tschechischen Volkes von seinen Unterdrückern wiederholt. Er behauptet, dreitausend BBC-Betriebsangehörige, also die gesamte Belegschaft, hätten einen einstimmigen Beschluß für eine Resolution gefaßt gegen die Einzeichnung in die Listen für ein geeintes Deutschland. Die Sammelaktion wird darin als einseitig-parteiliches Manöver hingestellt. Hier die Tatsachen.

1. 367 BBC-Angestellte und -Arbeiter aller Berufe hatten sich bereits trotz Drohungen und Propaganda seitens Wagners und anderer Parteifanatiker in die Sammellisten namentlich eingezeichnet.
2. Ein fortschrittlich-demokratisch eingestellter Kollege erhob unter großem Beifall der Betriebsversammlung Protest gegen den Inhalt der Resolution.
3. Die „Abstimmung“ über die zu Beginn vorgelesene Resolution wurde am Schluß während der sich auflösenden Versammlung unter Anwesenheit von etwa 400 Betriebsangehörigen vorgenommen. Da praktisch keiner wußte, was die Versammlungsleitung eigentlich wollte, wurde weder dafür noch dagegen gestimmt. Der „Volkswille“ schreibt dazu: „Einstimmiger Beschluß von 3000 versammelten Belegschaftsmitgliedern der Firma BBC. Stark Höhl“

Für die Großen — gegen die Kleinen

Wie die neue Eierabgaberegulation sich für die Großen gegen die Kleinen auswirkt, zeigt folgendes Beispiel:
früher: bei 10 Hühnern und 5 Personen = 5x70 = 350 Eier pro Jahr,
jetzt: bei 10 Hühnern = 10x50 = 500 Eier pro Jahr,
früher: bei 50 Hühnern u. 10 Personen = 40x70 = 2800 Eier pro Jahr,
jetzt: bei 50 Hühnern = 50x50 = 2500 Eier pro Jahr.
(Inf. d. KPD Hessen)

Weinheimer Betriebsräte fordern Mitbestimmungsrecht

(EB) In einer Versammlung sämtlicher Betriebsräte, die nahezu 7000 organisierte Arbeiter des Bezirks Weinheim vertreten, wurde am 9. April eine Entschließung gefaßt, in der der Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden auf die große Empörung und Gärung unter den Arbeitern und Angestellten über die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiet der Ernährung und der Versorgung aufmerksam gemacht wird. Nur das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten kann eine Besserung bringen, heißt es in der Entschließung, und die Weinheimer Betriebsräte fordern deshalb die beschleunigte Verabschiedung des dem Kabinett unterbreiteten Gesetzentwurfes über das Mitbestimmungsrecht. Eine weitere Verschlechterung und Verzögerung des vorliegenden Entwurfes wird die Arbeiterschaft mit verschiedenen Kampfmaßnahmen beantworten.

Achte Interzonenkonferenz in Heidelberg

(EB) Die 8. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften wird voraussichtlich vom 12. bis 14. Mai in Heidelberg stattfinden.

Im Dienste des Volkes

hat die kommunistische Stadtratsfraktion in Mannheim folgende Anträge eingebracht:

- Am 1. 3. 48: Herrichtung von Gelände auf der Friesenheimer Insel zur kleingärtnerischen Nutzung vom Stadtrat angenommen.

Am 3. 3. 48: Aufhebung der Kündigungen für das Kleingartengelände am Bahndamm Untermühlaustr. vom Stadtrat angenommen.

Am 14. 4. 48: Wiederinbetriebnahme d. Omnibuslinie Waldhof-Neueichwaldsiedlung.

Buchenwald-Befreiungstag 1948

„Quelle neuer Kraft im Kampf für die Freiheit“

Mit einer Feierstunde wurde am Abend des 9. April der Buchenwald-Befreiungstag 1948 in Weimar eröffnet. Vor 2000 Delegierten aus ganz Deutschland, darunter 500 aus dem Westen, hielt der den badischen und insbesondere den Mannheimer Antifaschisten gut bekannte Stefan Heymann, Weimar, als Vertreter der VVN Thüringen die Begrüßungsansprache. Die Teilnahme der Delegationen aus der Tschechoslowakei, aus Frankreich, Belgien und Polen machten den Buchenwald-Befreiungstag zu einem besonders eindrucksvollen Bekenntnis zur internationalen Solidarität aller Kämpfer gegen den Faschismus.

Keine Pässe für badische Antifaschisten

Während die Vorsitzende der VVN Rheinland-Pfalz auf dem Buchenwaldtreffen die erfreuliche Mitteilung machen konnte, daß erstmalig eine Delegation aus der französischen Zone offiziell die Genehmigung zur Teilnahme an einer Tagung in der Ostzone erhielt, konnte die zur gleichen Zeit stattfindende Generalversammlung der VVN in Mannheim nur folgendes Begrüßungstelegramm an das Komitee des Buchenwaldtreffens richten:

„Die in einer Generalversammlung der VVN Mannheim versammelten Kameraden entbieten ihren Brüdern, die sich zum Buchenwaldtreffen in Weimar zusammengefunden haben, die herzlichsten Grüße. Das Treffen soll eine Stärkung sowohl der Kameradschaft als auch ihres Kampfes gegen Nazismus und Reaktion bringen. Leider wurde uns die Einreise durch die Militärregierung versagt. Wir sind im Geiste bei euch.“

Der Ausschuß: i. A. Jakob Baumann.
Helle Empörung ging durch die Reihen der Antifaschisten der VVN, als der bekannte Gewerkschaftsführer Paul Schreck bekanntgab, daß den nordbadischen Delegierten zum Buchenwald-Befreiungstag, die bereits zum großen Teil im Besitz von Pässen waren, diese angeblich auf Anweisung

der Militärregierung in Stuttgart durch die örtliche Militärregierung wieder entzogen wurden. Der Kreisvorstand der VVN Mannheim nahm daher folgende Protestresolution an, die er uns zur Veröffentlichung zur Verfügung stellt:

„Der Ausschuß der politisch, religiös und rassisch Verfolgten der Kreisstelle Mannheim hat sich mit der Zurückziehung der Pässe für das Buchenwaldtreffen befaßt und findet es befremdend, daß durch diese Maßnahme das Treffen von ehemaligen politisch, rassisch und religiös Verfolgten zum Befreiungstag vom 8. bis 11. April in Buchenwald (Weimar) verhindert wird.“

Der Ausschuß der VVN-Kreisstelle Mannheim protestiert gegen diese Maßnahme, da dadurch bewiesen ist, daß die Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus noch immer nicht die Stellung einnehmen, die ihnen im heutigen Staate nach der Befreiung zukommen sollte.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Württemberg-Baden, Kreisstelle Mannheim.“

Höchstes Verwundern löste es aus, als Paul Schreck erklärte, daß im württembergischen Landestell eine solche Verbotsmaßnahme nicht erging und Vertreter aus Stuttgart und anderen Orten Württembergs nach Buchenwald gefahren sind. Wir finden dies recht eigenartig und sind, da wir nicht mehr in der Zeit leben, wo die Deutschen einfach gehorchen mußten, ohne zu fragen oder zu denken, recht gespannt auf die Erklärung, welche die Militärregierung der VVN geben wird. Bedenklich wäre auf jeden Fall, wenn ein einzelner Besatzungsangehöriger in einer so wichtigen Sache im Namen der Militärregierung aus seiner subjektiven Stimmung und Laune heraus Verfügungen treffen könnte. Paul Schreck drückte die Stimmung der zahlreichen Versammelten aus, als er ausrief: „Wir protestieren und sagen laut und deutlich, daß wir als politisch Verfolgte nicht geneigt sind, uns stillschweigend mit solchen Methoden abzufinden. Unsere brüderlichen Grüße gelten den Kameraden in Buchenwald, mit denen wir uns auch ohne Paß solidarisch fühlen.“

Die Kräfte des Fortschritts sind stärker

Nicht einschüchtern lassen — Kein Grund zu Furcht

(Rdfk.) Zu dem Kriegsgeschrei, das von gewissen Kreisen gerade jetzt erhoben wird, erklärte Oberst Tulpanow, der Chef der Informationsabteilung der SMA einem Vertreter des Mitteldeutschen Rundfunks, daß die demokratischen Elemente in der Sowjetzone und in ganz Deutschland keine Furcht haben sollten. Das Kriegsgeschrei habe das Ziel, die demokratischen Elemente aus dem Osten und Westen Deutschlands und in Berlin einzuschüchtern, die demokratische Ueberzeugung des deutschen Volkes zu lähmen. Bei den Millionen guter, aber noch nicht gefestigter Menschen solle, wie Oberst Tulpanow feststellte, durch das Kriegsgeschrei Passivität erzeugt werden und, wenn es die sowjetische Besatzungszone Deutsch-

lands betrifft, auch die Begeisterung für den friedlichen Aufbau des Wirtschaftslebens gelähmt werden. Abschließend erklärte Oberst Tulpanow, daß kein Deutscher, ob Demokrat, Sozialist oder Kommunist, der vom Krieg die Nase voll habe, seine Widerstandskraft zu der Organisation des neuen, friedlichen Deutschlands lähmen lassen solle. „Die Kräfte des Fortschritts sind wesentlich stärker als die alten, morschen und von Widersprüchen zersetzten imperialistischen Lager. Die deutsche demokratische Öffentlichkeit, wenn sie genügend kämpfen wird, kann viel dazu tun, um einen Strich durch die Rechnung der amerikanischen und englischen reaktionären Kräfte zu machen.“

Werden Nazis bevorzugt?

Es ist schon wieder soweit, daß Antifaschisten, genau wie im Dritten Reich, benachteiligt werden. Der Gemeinderat in Schlierstadt im Kreis Buchen hat aus der Vergangenheit auch nichts gelernt. Ein politisch Verfolgter des Naziregimes wurde bei der Vergebung der Jagdpacht abgelehnt. Dafür erhielt die Jagd ein ehemaliger Nazi und SA-Mann. Wir sind gespannt, wie der Gemeinderat in Schlierstadt dieses zumindest eigenartige Verhalten zu rechtfertigen gedenkt.

Die Partei ruft

Zur allgemeinen Funktionärskonferenz für den Stadtkreis Mannheim am Samstag, dem 17. April 1948, nachmittags 14 Uhr, in der Kantine der Motorenwerke Mannheim.

Es spricht Hermann Nuding vom Landesvorstand Württemberg-Baden der KPD über

„Die gegenwärtigen und kommenden Aufgaben der Partei.“
Jeder Funktionär nimmt daran teil. Mitgliedsbücher mitbringen.

Unter der Lupe

Motorisierte Schwarzhändler

Bezeichnend für den Zustand unserer Wirtschaft, aber auch für den Tiefstand unserer Moral ist die Tatsache, daß die von den Gerichten über die wenigen Schwarzhändler und Schieber, welche erwischt werden, verhängten Strafen so lächerlich gering sind, daß sie diese mit überlegener Miene aus der Westentasche heraus zahlen um dann frisch und munter wieder an ihre gewinnbringenden Geschäfte zu gehen. Und nicht nur gehen tun sie, sondern sie fahren. Sie fahren mit den Kraftfahrzeugen, Personenwagen und Lastwagen, die ihnen trotz zu ihren einschlägigen Strafen, genau so wie die Erlaubnis zum Betreiben ihres Gewerbes, großzügig belassen werden. So wohnt in der Riedfeldstraße, Ecke Gutemannstraße, der Fischgroßhändler — auf dieses Gewerbe lautet zumindest seine gewerbeamtliche Zulassung — Josef Oehmt. Er hat einen Personenwagen, Opel P IV, und einen Weigold-Anhänger, mit dem er fröhlich Geschäfte treibt. Allerdings weniger Fischgeschäfte als vielmehr Schwarzhandel in größerem Umfang mit bezugsbeschränkten Lebensmitteln sowie Tabakwaren. Er hat jetzt gerade 4 Monate Gefängnis wegen Schwarzhandels hinter sich, und unverändert wurde ihm ein großer Teil der beschlagnahmten Gegenstände wieder zurückgegeben, darunter 400 Liter Benzin, die der Käsegroßhändler Gutmann in Buchen gehören sollen. Das Straßenverkehrsamt Buchen, von dem das Benzin stammt, muß auf recht vollen Treibstoffassern sitzen, wenn es jedem Käsehändler ermöglichen kann, sich große, auswärtige Benzinlager zu errichten.

Der Ausschuß beim Straßenverkehrsamt Mannheim hat anerkannter Weise den richtigen Beschluß gefaßt, nämlich den Personenwagen des Oehmt stillzulegen. Soweit wir informiert sind, hat auch der Wirtschaftsrat bei seiner letzten Tagung ein Gesetz angenommen, daß eine Enteignung solcher Fahrzeuge, die zu ungesetzlichen Handlungen gebraucht wurden, ermöglicht. Es sollte schleunigst in diesen, wie in den zahllosen anderen in Mannheim vorliegenden Fällen, zur Anwendung kommen, um die Fahrzeuge wirklich der Allgemeinheit entsprechend einzusetzen. Der Gewerbeausschuß aber wird, so wollen wir doch hoffen, nicht zögern, das zu tun, was seines Amtes ist, und die Allgemeinheit von solchen „Geschäftsleuten“ befreien. —w—

Trinkt Pampelmusensaft!

Wie DPD berichtet, werden etwa 48 Millionen Liter Pampelmusensaft in den nächsten Wochen aus den Vereinigten Staaten in die Doppelzone eingeführt werden.

Schwarze Listen

Das Vorstandsmitglied der VVN Mhm., Baumann, setzte die Generalversammlung am 9. April davon in Kenntnis, daß nach einer Mitteilung im Landesausschuß der VVN bestimmte Behörden sich für die Listen politisch Verfolgter interessieren, die sie von den Vertrauensleuten der VVN zu erlangen versuchen. Was ist hier im Gange? Welche dunklen Absichten werden hier verfolgt? Welche Pläne, die das Tageslicht zu scheuen haben, werden da ausgebrütet? Es besteht aller Anlaß zu äußerster Wachsamkeit. Kein Vertrauensmann wird eine solche Liste herausgeben. Keine Behörde oder Instanz hat das Recht, eine solche zu fordern.

Nachruf!

Am 6. April 1948 verstarb Gen. Emil Baier, Malermeister, Seckenheim, Gengenbacher Straße 3.

Er war Mitbegründer der Ortsgruppe Seckenheim der KPD und einer unserer aktivsten Genossen. Erst ein langjähriges schweres Leiden vermochte es, seiner Tatkraft ein Ziel zu setzen.

Die Ortsgruppe Seckenheim verliert in ihm einen Genossen, dessen Andenken sie stets ehrend bewahren wird.

KPD, Ortsgruppe Seckenheim.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksverband Nordbaden, Mannheim, S. 3. 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1. 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 23 000.